



Deutsche Rentenversicherung Bund
10704 Berlin

LVPE Rheinland-Pfalz e.V.
Gratianstr. 7
54294 Trier

Abteilung Grundsatz

Datum und Zeichen Ihrer Nachricht:
01.02.2006

Ruhrstraße 2, 10709 Berlin
Postanschrift: 10704 Berlin
Telefon 030 865-1
Telefax 030 865-27240
Servicetelefon 0800 3331919
www.deutsche-rentenversicherung-
bund.de
drv@drv-bund.de

Ansprechpartner:
Mario Scharf
Telefon 030 865-21928
Telefax 030 865-279
Mario.Scharf@drv-bund.de

Datum Z"f.03.2006

Grundsätzliche Anfrage zum Hinzuverdienst bei WfbM-Beschäftigten

Sehr geehrter Herr Wagner,

bezüglich Ihrer an die Abt. Grundsatz der Deutschen Rentenversicherung Bund (bis 30.09.2006 Bundesversicherungsanstalt für Angestellte - BfA -) gerichteten Anfrage vom 01.02.2006 nehmen wir nachfolgend Stellung.

Aus einer konkret verrichteten Tätigkeit können sich für einen Rentenbezieher unterschiedliche rentenrechtliche Konsequenzen ergeben. In Abhängigkeit von den Umständen des Einzelfalles reicht das Spektrum von der Rentenunschädlichkeit einer Tätigkeit über die Berücksichtigung des erzielten Einkommens bis hin zur Entziehung der Rente.

I. Ausführungen zum Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. voller Erwerbsminderung

Nach § 43 Abs. 2 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) in der Fassung ab 01.01.2001 sind Versicherte voll erwerbsgemindert, wenn sie wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Würde die Aufnahme einer Tätigkeit mit wenigstens 3 Stunden täglicher Arbeitszeit erfolgen, kann dies vom gesetzlichen Rentenversicherungsträger zum Anlass für eine ärztliche Überprüfung des Leistungsvermögens genommen werden. Dabei könnte die Vermutung nahe liegen, dass sich die Erwerbsfähigkeit inzwischen gebessert hat. Ergibt diese Überprüfung, dass das Leistungsvermögen weiterhin unter drei Stunden arbeitstätig liegt, bliebe der Rentenanspruch dem Grunde nach erhalten. Die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses stünde also dem Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung nicht entgegen. Das erzielte Arbeitsentgelt wird im Rahmen der Hinzuverdienstgrenzen des § 96a SGB VI berücksichtigt (dazu unter II).

Bezieht der Versicherte eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit gemäß § 44 Abs. 2 SGB VI i. d. F. bis zum 31.12.2000 ist ebenfalls das gesundheitliche Leistungsvermögen und das aus einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit erzielte Arbeitsentgelt zu prüfen. Nach dieser Vorschrift sind Versicherte erwerbsunfähig, die wegen Krank-

heit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit auszuüben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen erzielen, das ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße (gegenwärtig 350 Euro) übersteigt. Eine zeitliche Grenze findet keine Erwähnung, vielmehr kommt es auf die Fähigkeit an, eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit ausüben zu können.

Wird dem Versicherten jedoch im Ergebnis der Überprüfung die Fähigkeit zu einer Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit (mindestens 2 Stunden täglich) attestiert, kann dies eventuell zu einem generellen Wegfall der Rentenanspruchs bzw. zu einem Anspruch auf eine andere Rentenart wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (Rente wegen Erwerbsminderung gemäß § 43 SGB VI bzw. wegen Berufsunfähigkeit gemäß § 43 SGB VI i. d. F. bis zum 31.12.2000 oder wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit gemäß § 240 SGB VI) führen. Dies wird vom Rentenversicherungsträger ggf. geprüft. Das erzielte Arbeitsentgelt wird im Rahmen der Hinzuverdienstgrenzen (§§ 96a, 313 SGB VI) berücksichtigt (dazu unter II).

Sowohl in der gesetzlichen Regelung des § 44 SGB VI i. d. F. bis zum 31.12.2000 (Rente wegen Erwerbsunfähigkeit) als auch in der des § 43 SGB VI (Rente wegen Erwerbsminderung) werden Festlegungen zu dem Personenkreis der Versicherten gemäß § 1 Satz 1 Nr. 2 SGB VI getroffen. Bei dem dort erwähnten Personenkreis handelt es sich u. a. um behinderte Menschen, die in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen tätig sind. Sie sind im Sinne von § 44 Abs. 2 SGB VI i. d. F. bis zum 31.12.2000 erwerbsunfähig bzw. von § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 SGB VI voll erwerbsgemindert, da sie wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Eine regelmäßige Erwerbstätigkeit dieser Versicherten außerhalb des geschützten Werkstattbereichs für behinderte Menschen würde grundsätzlich die Frage nach einer noch bestehenden Erwerbsunfähigkeit bzw. vollen Erwerbsminderung auslösen.

Eine ehrenamtliche Tätigkeit stellt dem Grunde nach keine Erwerbstätigkeit dar. Eine ehrenamtliche Tätigkeit kann jedoch, ähnlich wie die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, ein Hinweis auf einen verbesserten Gesundheitszustand sein.

II. Ausführungen zu Hinzuverdienstregelungen

Nach den §§ 96a, 313 SGB VI kann eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Ausübung einer Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit nur geleistet werden, wenn sich das aus dieser Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit erzielte Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen oder vergleichbares Einkommen im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Hinzuverdienstmöglichkeiten hält. Zu den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zählen die Rente wegen Berufsunfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit (§§ 43, 44 i. d. F. bis 31.12.2000) und die Rente wegen teilweiser/voller Erwerbsminderung bzw. die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Vorliegen von Berufsunfähigkeit (§§ 43, 240 SGB VI i. d. F. ab 01.01.2001).

Renten wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. voller Erwerbsminderung können in voller Höhe oder in anteiliger Höhe in Anspruch genommen werden. Neben diesen Renten in voller Höhe darf derzeit grundsätzlich nur bis zu 350,- Euro brutto monatlich hinzuverdienst werden. Wird diese Hinzuverdienstgrenze überschritten und liegt weiterhin Erwerbsunfähigkeit bzw. volle Erwerbsminderung vor, besteht grundsätzlich kein Anspruch mehr auf die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. voller Erwerbsminderung in voller Höhe. Der Rentenversicherungsträger prüft jedoch, ob die Rente in geringerer (anteiliger) Höhe gezahlt werden kann, da hierfür höhere Hinzuverdienstgrenzen gelten. Erst wenn mit dem Hinzuverdienst sämtliche Hinzuverdienstgrenzen überschritten werden, entfällt der Zahlungsanspruch auf die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, ohne jedoch dass der Anspruch auf die Rente dem Grunde nach berührt wird.

Im Rahmen der o. g. Hinzuverdienstregelungen sind u. a. nur solche Zuwendungen des Arbeitgebers zu berücksichtigen, die Arbeitsentgelt im Sinne der §§14, 17 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) i. V. m. der Arbeitsentgeltverordnung (ArEV) und damit dem Grunde nach beitrags- und lohnsteuerpflichtig sind. Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV sind Arbeitsentgelt alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung (§ 7 Abs. 1 SGB IV). Hierzu zählen auch Arbeitsentgelte aus einer geringfügigen Beschäftigung i. S. des § 8 Abs. 1 SGB IV (sog. Minijob). Ob in der geringfügigen Beschäftigung aufgrund der Höhe des Arbeitsentgeltes ggf. Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß § 5 Abs. 2 SGB VI besteht, ist für die o. g. Hinzuverdienstregelung nicht von Bedeutung.

Nicht als Hinzuverdienst zu berücksichtigen ist nach § 96a Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 SGB VI - unabhängig von der Höhe - ein Arbeitsentgelt, das ein behinderter Mensch von einem Träger einer in § 1 Satz 1 Nr. 2 SGB VI genannten Einrichtung erhält. Von dieser Ausschlussregel werden u. a. behinderte Menschen mit einer Tätigkeit in einer anerkannten Werkstatt erfasst. Erzielt ein behinderter Mensch Arbeitsentgelt aus einer Beschäftigung außerhalb der anerkannten Werkstatt, sind die unter Ziffer II eingangs erwähnten Ausführungen zu beachten.

Wir möchten Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Aufnahme einer Beschäftigung während des Bezuges einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit dem zuständigen Rentenversicherungsträger mitzuteilen ist.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Auskunft weitergeholfen zu haben. Sollten Sie weitere Fragen haben, können Sie sich jederzeit - gern auch telefonisch - an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen


Gerrit Pötter